Nummer 70 — Halle, Freitag, den 23. März 1923 — 58. Jahrgang

Einzelpreis: 150,00 Mark

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Die Bezugs-Gebühr des Blattes beträgt in Stadt und Land 3000,00 Mark, durch die Post bei freier Zustellung monatlich Mark 3000,00, in den Ausgabestellen abgeholt Mark 2500,00 monatlich. Die achtgespaltene Anzeigen-Millimeter-Zeile kostet im Ortsverkehr Mark 150,00, im auswärtigen Verkehr Mark 150,00. Reklamen die Millimeter-Zeile Mark 400,00 im Ortsverkehr und Mark 500,00 im auswärtigen Verkehr. Anzeigen-Schluß: Zehn Uhr vormittags.

Geschäfts-Gebäude: Halle a. S., Neue Promenade 1a und Große Brauhausstraße 17. Fernsprecher-Sammelnummern 7431. Stadt-Geschäftsstelle: Markt 24. Draht-Anschrift: „Saalezeitung Halle-Saale". Bank-Rechnung. Landhaus Reinhold Stecher, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort und Gerichtsstand: Halle an der Saale. Bezugsmitteilungen sind stets nur bis zum 5. eines jeden Monats zum Schluß des laufenden Monats zulässig

Vor Aufhebung der Getreideumlage.

Der Kanzler gegen das Vermittlungsgerede / „Erst räumen, dann verhandeln!" / Putschgefahren Massenverhaftung deutschvölkischer Führer / Ein neuer Dokumentenfälscher / Amerika zur Dollaranleihe.

Unser Freiheitskampf.

Dr. Cuno über die Pariser Raubpläne.

München, 23. März. (Eig. Drahtmeldung.) Gestern abend fand anläßlich des Besuches des Reichskanzlers Dr. Cuno ein großer Empfangsabend in dem historischen alten Rathaussaale statt. Der Ministerpräsident Dr. v. Knilling gab der Freude Ausdruck, mit der Bayern den gegenwärtigen Reichskanzler bei seinem Besuche in der Landeshauptstadt willkommen heiße. Dieser herzliche Gruß soll die Gefühle des Vertrauens wiedergeben, die ihm nicht bloß in der Münchener Bevölkerung, sondern überall im bayerischen Volke entgegengebracht werden. Wir grüßen den Reichskanzler Cuno, den Repräsentanten der wahren Reichseinheit. Wir verehren ihn aber auch als den Repräsentanten unseres nationalen Willens, den Vorkämpfer unserer nationalen Ehre und den starken Führer zu nationalen Zielen. Für die Zeiten, die uns bevorstehen, brauchen wir erst recht kühnen Mut und feste Eintracht. Je weniger wir Hilfe von außen zu erhoffen haben, umso enger müssen wir uns zur einmütigen Abwehr zusammenschließen. Der Reichskanzler ist dem deutschen Volke auf seinem weiteren Schicksals- und Leidenswege als Führer berufen, zu dem es mit Vertrauen aufsieht. Nach der Rede des Ministerpräsidenten v. Knilling ergriff der Reichskanzler das Wort: Lassen Sie mich zunächst ein persönliches Wort sagen, ein Wort des Dankes für alle Freundlichkeit und Herzlichkeit, die mir hier entgegenklingt. Wo heute deutsche Männer und deutsche Frauen zusammenkommen, ist mit ihnen die Not des deutschen Vaterlandes, beherrscht sie der Gedanke, der eine Gedanke an Ruhr und Rhein, drängt es sie, sich eins zu wissen in der tiefen Lebensfrage. Was uns gemeinsam ist, ist

die Frage um Leben und Tod der Nation.

Not wollen wir tragen und uns gegenseitig lindern, wenn nur dahinter wieder einmal die Freiheit kommt. Eben darum aber handelt es sich. Klarer und heller als je sehen wir heute am fernen Himmel dieses Ziel der Freiheit, klarer und heller empfinden wir es alle, daß es unserem Volk, unseren Kindern, unserer Zukunft, Gott und den Menschen gegenüber keine höhere Pflicht für uns geben kann, als die Freiheit wieder zu erringen. Oft schien es mir, als vergäßen wir über den Streit um den Weg schon fast das Ziel. Dem haben die Franzosen ein Ende gemacht. Ich wiederhole ein Wort aus dem Reichstag, das in der Erörterung über meine Rede gesprochen wurde: Mit einem Frankreich, das Ruhe und Wiederaufbau will, werden wir uns verständigen können, mit einem Frankreich aber, das Ruhr und Rhein und die Zerstörung Deutschlands will, nie. Was wir wollen, ist einfach und klar, wir wollen unseren Staat erhalten, wir wollen ihm und uns die Freiheit erringen in schwerer Arbeit unter Anspannung aller Kräfte. Was wir aber ablehnen und immer ablehnen müssen, das sind nicht schwere Lasten, die wir tragen wollen, sondern Forderungen, die über unsere Kräfte gehen. Denn damit würde wieder uns ein Strick um den Hals geworfen werden, an dem der Gegner ziehen kann, wie es ihm beliebt. Nicht bloß um wirtschaftliche Leistungen, die über die Kraft unseres Volkes gehen, handelt es sich, die zur Preisgabe des eigenen Lebens führen würden, sondern auch um unsere politische Vernichtung unter dem Titel der Sicherung Frankreichs gegen das entwaffnete Deutschland. Das ist

eine Fälschung des Namens der „Sicherung".

Eingriffe in die Staatshoheit sind unerträglich. Und hat denn die Welt nicht Verständnis dafür, daß auch das entwaffnete Deutschland einer Sicherung bedarf, mehr noch als Frankreich, das über die größte Landarmee und über die stärkste Luftflotte verfügt? Nichts vermag die Tatsache aus der Welt zu schaffen oder auch nur zu beschönigen, daß der französische Einbruch rechtswidrig erfolgt ist. Jede Diskussion über die Beendigung des gegenwärtigen Konfliktes muß daher von der vorbehaltlosen Räumung des Einbruchsgebietes ausgehen. Darum kann ich auch in dem Brüsseler Kommunique nicht irgendwie einen Fortschritt erblicken, und ich verstehe insbesondere nicht, wie diese Verlautbarung ein Zeugnis dafür sein könnte, daß Frankreich sich von dem Gedanken der Annektionen, unter welchen Worten er sich auch immer verbergen mag, abgewendet hat. Wir haben vielmehr gerade in den letzten Tagen Auslegungen der uns nicht näher bekannten Brüsseler Beschlüsse gehört, die einen völligen Umsturz des Versailler Vertrages bedeuten würden. Herr Loucheur hat in Grenoble Absichten angekündigt, die auf nichts anderes hinauslaufen, als auf die Loslösung der Rheinlande von der deutschen Souveränität. Solchen Plänen gegenüber gibt es nur ein unbeugsames Nein. Daran vermag auch die Tatsache, daß von den angeblichen deutschen Vermittlungsvorschlägen und Führern die Welt von Paris aus erfüllt wird, nichts zu ändern. Kein Wort ist wahr daran.

Die Reichsregierung hat niemals um Vermittlung gebeten.

Dagegen hat sie manche Fühler erhalten, nicht, wie Herr Herbette vom Quai d'Orsay behaupten wollte, drei, wohl aber jede Woche einen. Wir sind allen Vorschlägen nachgegangen, aber einmal waren die Vermittler schlecht legitimiert oder die Vorschläge waren Attentate auf Ehre und Vernunft. Bei aller Bereitwilligkeit für eine vernünftige und ehrenhafte Verständigung konnten und können wir uns auf derartige Fühler nicht einlassen. Das sind wir unserem Volke, sind wir dem Gedanken des Rechts, dessen Gefäß nun Deutschland in Händen trägt, sind wir auch den Tausenden schuldig, die für die Erfüllung ihrer Pflicht im Rhein- und Ruhrgebiet ausgewiesen, verhaftet und verurteilt sind, den Toten, die für Deutschland in einem Kampfe gefallen sind, dessen Ehre nicht geringer ist, als der heldenmütigste Soldatentod. In Treue und Trauer und mit Stolz gedenken wir ihrer heute. An der Ruhr und am Rhein stehen die deutschen Staatsbürger aller Klassen, Schichten und Parteien Hand in Hand. Sollte es wirklich so schwer sein, über den Kampf der Staatsformen diesen Staat, wie er nun einmal ist, nicht allein mit der Kraft der Hände zu verteidigen, sondern auch mit der Wärme des Herzens zu erfüllen? Wehe dem, der die selbstgewollte Disziplin stört, der Schaden, den er anrichtet, die Schuld, die auf ihn fällt, würde nicht geringer sein, als die des Versagens der Tapferkeit. Und ein anderes ist noch nötig.

Vertrauen zu den Führern,

die jetzt die drückende Aufgabe haben, unser Volk zu führen. Das war ja neben der Reichsverbrämung seiner Gewalttaten und neben der Aufwiegelung der Ostvölker immer die sicherste Waffe in Frankreichs Rüstkammer, die Deutschen in sich selbst zu entzweien, und sie machten gute Geschäfte dabei. Aber als auch in Deutschland aus der Tiefe des Volkes das nationale Gefühl erwuchs, versagten sich diesem neuen Deutschen Reiche die deutschen Fürstenhäuser nicht und festeten ihm Treue. Heute, da wir vor der Schicksalsfrage stehen, ob wir in zähem Abwehrkampfe in einer dem drängenden Herzen mühsam abgerungenen Selbstbeherrschung unserem Wege treu bleiben, brennt voller und deutlicher denn je das Feuer der Erkenntnis, daß wir vereint sein müssen in Treue und Einigkeit unserer Waffen gegenüber allen Versuchen, uns zu zerstückeln im Kampfe der Stände und Parteien und Stämme untereinander. Recht ist unsere Waffe gegen Gewalt, Freiheit das Ziel. Hoch Bayern, und Deutschland über alles! Die Reichskanzlerrede wurde an verschiedenen Stellen mit außerordentlich starkem Beifall aufgenommen, der sich mehrfach zu brausenden Kundgebungen steigerte. Am Schluß der Rede wurde dem Reichskanzler durch langandauernde Zwischenrufe und Händeklatschen gedankt.

Keine Getreideumlage im neuen Erntejahr.

Berlin, 23. März. (Eig. Drahtmeldungs) In der heutigen Reichstagssitzung wird, wie die „B. Z." hört, der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Luther die Aufhebung der Getreideumlage für das kommende Erntejahr ankündigen.

Ein Aufruf der Bergleute.

Dortmund, 23. März. (Eig. Drahtmeldung.) Die Bergarbeiterverbände erlassen einen Aufruf, in dem es heißt: Man versichert uns, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter zu verbessern, die Arbeiterrechte nicht zu schmälern, Organisation, Versammlungen und Pressefreiheit unangetastet zu lassen, mit einem Wort: Herrliche Zeiten stellen die Franzosen den Arbeitern in Aussicht, wenn sie sich unterwerfen. Was ist von diesen Versprechungen zu halten? Sie sind nur Lockmittel des französischen Imperialismus und Militarismus, sind und bleiben arbeiterfeindlich. Wie würde es uns ergehen, wenn Poincaré sein Ziel erreichen würde? Er wird es nicht erreichen! An unserem Willen, gestützt auf unser Recht muß die brutale Gewalt zerschellen. Trotz Aufbietung rücksichtsloser Gewalt, trotz verschärfter Ausweisung und Ermordung friedliebender Menschen blieb der französischen Gewaltpolitik der Erfolg bisher versagt. Frankreich wird auch weiterhin keine Kohle und keinen Koks bekommen, und der Versuch, die Haldenbestände abzufahren, wird ein Mißerfolg bleiben. Wir beiben fest im Abwehrkampf für Recht und Freiheit. Wir lassen uns weder durch Zuckerbrot noch durch Peitsche vom französischen Militarismus und Imperialismus zur Knechtarbeit zwingen.

Dortmund, 23. März. (Eig. Drahtmeldung.) Gestern abend um ½11 Uhr erschienen die Franzosen bei der Firma Orenstein & Koppel und requirierten beladene Wagons. (Ein Betriebssekretär und zwei Nachtwächter wurden verhaftet. Die Arbeiter haben heute morgen die Arbeit nicht wieder aufgenommen. Vom 1. bis 15. März hat die Rheinlandkommission 749 deutsche Beamte ausgewiesen, darunter 503 aus der französischen Zone. In Düsseldorf allein sind bis am Mittwoch 27 deutsche Zollbeamte ausgewiesen worden. Bei einem Raubzug gegen den Bahnhof Langendreer fielen den Franzosen 185 mit Kohlen beladene Wagen in die Hände, die für Italien bestimmt waren. Außerdem erbeuteten die Franzosen noch 5 Lokomotiven.

Dollar-Schatzanweisungen des Deutschen Reiches

Garantiert von der Reichsbank

Schluß der Zeichnung:

Sonnabend, den 24. März 1923

Kanzlerreise.

Nord und Süd in Einheitsfront.

Die Reise des Reichskanzlers durch Süddeutschland hat einen ernsten Zweck und eine tiefe Bedeutung. Sie wird, nachdem sie zuerst vertagt werden mußte, in politisch schwerster Stunde unternommen, während sich am Horizont des Ruhrkonflikts immer noch kein Lichtblick zeigen will. Dr. Cuno hat sich vor seiner Abreise nach München noch einmal mit den Fraktionsführern des Reichstags in Berlin besprochen, und man kam überein, daß eine nochmalige außenpolitische Kundgebung der Reichsregierung bei Ansprachen oder Tischreden in Süddeutschland unterbleiben soll. Es gilt, das Ergebnis der hinter den Kulissen spielenden Verhandlungen zwischen Frankreich und England abzuwarten und vor Ostern keinen Schritt mehr zu tun. Auf der anderen Seite hat man sich in München entschlossen, große Kundgebungen mit Aufzügen und Versammlungen zu unterlassen. Denn es besteht die Gefahr, daß radikale politische Gruppen rechts oder links, die nicht mit der Regierung v. Knilling konform gehen, Herrn Cuno als ihren Kanzler oder als ihren Gegner ansprechen und dies wäre das Gegenteil des Einheitsfront-Gedankens, der zurzeit alle vernünftigen Elemente beseelt. Der Zweck des Cunoschen Besuches ist ja der innere Ausgleich, ist die Stärkung des deutschen Zusammenhalts für die Stunde der Entscheidung im Ruhrkrieg. Der Reichskanzler ist nicht nach München gereist, um sich in der „bayr. Ordnungszelle" besondere Weisungen für seine Politik zu holen, sondern um das bayerische Volk gegenüber den Einflüssen eines gewissen demagogischen Treibens zur Einordnung im Kampfe des Reiches zu stärken.

Man hat diesem Schritt in Bayern selbst vorgearbeitet, indem man im Landtag Beschluß über die Bekämpfung der Selbstschutzorganisationen faßte, die der Regierung das Leben so sauer machen und eine einheitliche deutsche Politik so sehr erschweren. In Betracht kamen die „Sturmabteilungen" sowohl der Nationalsozialisten als auch der Sozialdemokraten. Beide Gruppen haben durch ihre hemmungslose Hetze — die nationalsozialistische Hitlerleute waren allerdings zuerst als ein „Staat im Staate" da — einen Kriegszustand herbeigeführt, der mit seiner blutigen Versammlungschronik, mit seiner Herrschaft der Gummiknüppel, Schlagringe und Revolver lebhaft an die norditalienischen Städte des Mittelalters erinnerte, an eine Zeit, wo der innerpolitische Parteikampf mit der Waffe in der Hand ausgetragen wurde. Diesem Zustand muß in den furchtbaren Tagen außenpolitischer Bedrohung ein Ende gemacht werden. In einer ganzen Reihe deutscher Freistaaten sind die Selbstschutzorganisationen jetzt glattweg verboten. Sie werden als gesetzwidrig verfolgt und aufgehoben. Im bayerischen Landtag hatten die Parteien stark von einander abweichende Anträge eingebracht. Die Sozialdemokraten verlangten, was bei ihrer bisherigen Mitschuld an der Parteienbewaffnung immerhin anerkennenswert erscheint, die allgemeine gleichmäßige Aufhebung aller Selbstschutzorganisationen rechts und links. Die Demokraten wollen, um die Organisationsfreiheit nicht anzutasten, mit dem Verbote nur die „gewalttätig vorgehenden Sturmtrupps" treffen. Der Antrag der Bayerischen Volkspartei, also des bayerischen Zentrums, lautete: Prüfung der Ziele solcher Einrichtungen, Auflösung der gewalttätigen Selbstschutzgarden und amtliche Ueberwachung der anderen derartigen Vereinigungen. Während der Verhandlungen über diese Anträge gab der Minister des Innern, Dr. Schweyer, zu, daß die Versammlungsfreiheit in Bayern nicht mehr besteht, daß bewaffnete Haufen das Land durchziehen und sich eines Auftretens schuldig machen, das, wie der Minister etwas milde andeutete, „manchmal an Landfriedensbruch grenze". Schließlich erklärte er, daß auch das Programm der Nationalsozialisten nicht zu unterschätzende Gefahren für den Staat und die Ordnung im Staate in sich berge. Schließlich wurde der Antrag der Bayerischen Volkspartei zum Beschluß erhoben.

Der Antrag bedeutet vielleicht noch nicht das, was man allgemein im Reiche von der Selbsthilfe Bayerns erwartet. Die große Masse des bayerischen Volkes stand dem bisherigen Treiben der Sturmtrupps und ihrer dunklen Drahtzieher, die weiß Gott wo verborgen wirken, ablehnend gegenüber. Aber man war wehrlos. Es war wie in der Zeit der Räterepublik, wo eine kleine Anzahl von landfremden Elementen der gutmütigen, aber wenig entschlußkräftigen Bevölkerung ihren Willen aufzwang. Der Besuch des Reichskanzlers in Süddeutschland dürfte die Gemüter aufwecken. Die Regierung Cuno hat ganz gewiß nicht die Absicht, die süddeutsche Eigenart im Sinne der Berliner Disziplin umzuwandeln. Aber sie arbeitet daran, den deutschen Einheitswillen zu stärken, für den die Haltung der Ruhrbevölkerung ein leuchtend Beispiel gibt. Der verstärkte Einheitswille ist notwendig nicht nur für die jetzige Tage der Entscheidung des Ringens mit Frankreich. Nord und Süd müssen dann sein ein deutscher Block.

Pariser Pressestimmen.

Paris, 23. März. (Eig. Drahtmeldung.) Die Münchener Rede des Reichskanzlers wird in der Pariser Presse erst spärlich kommentiert, da der Wortlaut erst spät bekannt wurde. Pertinax meint im „Echo de Paris", daß es nicht mehr zu auf Verhandlungen ankomme, denn es werde schließlich Deutschland nichts mehr

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19230323010/fragment/page=0001

übrig bleiben als zu kapitulieren (?). Die Hauptsache sei die Ausbeutung des Ruhrgebietes, und diese greifbare Aufgabe sei mehr wert als alle Verträge und Versprechungen. Die übrige Pariser Presse betont, daß alles undiskutierbar sei, solange Deutschland nicht präzise Vorschläge mache.

Putschgefahren.

Verhaftung rechtsradikaler Führer. — Kommunistentumult.

Berlin, 23. März. (Eig. Drahtmeldung.) Die politische Abteilung des Berliner Polizeipräsidiums teilt mit: Die polizeilichen Durchsuchungen, die am Donnerstag vormittag in den Geschäftsräumen der Deutschvölkischen Freiheitspartei und bei verschiedenen Führern dieser Partei zugleich in Berlin als auch in anderen preußischen Städten, u. a. in Cassel, Erfurt Halberstadt, Hannover, Köten, Magdeburg, Merseburg, Minden, Naumburg und Stolp i. P. vorgenommen wurden, erfolgten wegen des dringenden Verdachtes hochverräterischer Umtriebe und des Verstoßes gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 24. Mai 1921 betreffend das Verbot militärischer Verbände. Die Durchsuchungen haben erdrückendes Material gegen die Deutschvölkische Freiheitspartei zutage gefördert. Die im Anschluß an die Durchsuchung festgenommenen Personen sind nach ihrem Verhör zum Teil wieder entlassen worden, der andere Teil wird dem zuständigen Richter vorgeführt. Die in einem Teil der Presse verbreiteten Nachrichten über einen gegen die Reichstagsabgeordneten Wulle, Henning und v. Gräfe erlassenen Schutzhaftbefehl sind unrichtig.

Berlin, 23. März. (Eig. Drahtmeldung.) Dem Untersuchungsrichter werden heute 12 in Berlin verhaftete Mitglieder der Deutschvölkischen Freiheitspartei vorgeführt werden. Eine beträchtliche Anzahl weiterer Verhaftungen von Mitverschwörern soll nach der „B. Z." bevorstehen. In allen größeren Städten sind nach den Aussagen des verhafteten Leutnants Roßbach weitere Bureaus dieser Geheimorganisation im Betrieb. Dort wurden überall die Führer und Mitbeteiligten verhaftet, die nach Berlin transportiert werden sollen. In Magdeburg sind heute früh 7 Mitglieder der Partei festgenommen werden.

*

Ergänzend erfährt eine Korrespondenz hierzu noch, daß die Zahl der verhafteten Mitglieder der Deutschvölkischen Freiheitspartei in Groß-Berlin bisher 26 beträgt, wobei es sich fast ausschließlich um Vorsitzende von Ortsgruppen handelt. Wie wir erfahren, ist seitens der Parteileitung bei den zuständigen Reichsbehörden Beschwerde gegen das Vorgehen der preußischen Polizeibehörden eingereicht worden. Auch im Bureau der Deutschen Auskunft, das sich in der Wohnung des in Haft genommenen Oberleutnants Roßbach in Wannsee, Hohenzollernstraße, befindet, wurde gestern vormittag eine gründliche Haussuchung vorgenommen, die sich auch auf die Privaträume Roßbachs erstreckte. Festgenommen wurde niemand, in dem Bureau wurde lediglich die Schwester Roßbachs angetroffen. Der Beschlagnahme verfielen zahlreiche Akten, die gesamte Korrespondenz Roßbachs und die ebenfalls aufgefundene Korrespondenz der Organisationsabteilung II der Deutschvölkischen Freiheitspartei. Die Verhaftungen und Haussuchungen sollen in direkter Verbindung mit der Festnahme Roßbachs stehen. Wie verlautet soll er die Deutschvölkische Freiheitspartei und deren Führer durch seine Aussagen belastet haben, so daß die Polizei sich zum Eingreifen veranlaßt sah. Roßbach ist übrigens gestern vom Oberregierungsrat Weiß eingehend vernommen worden. Er bestreitet jedoch, sich schuldig gemacht zu haben.

*

Dresden, 22. März. Die Erwerbslosen in Dresden scheinen wieder Morgenluft zu wittern. Starke Trupps durchzogen die Straßen Dresdens, versammelten sich vor dem Landtagsgebäude und versuchten, in das Gebäude einzudringen. Es gelang einem großen Aufgebot von grüner und blauer Polizei, die Haufen zurückzudrängen und das Landtagsgebäude zu schützen. Augenblicklich finden auf einigen Plätzen Zusammenrottungen statt, und es ist nicht abzusehen, wie die Aufregung enden wird. Die neue Regierung ist also schon sofort in eine äußerst prekäre Lage geraten, und die Kommunisten haben ihr Wort wahr gemacht, den Kampf für die bolschewistische Diktatur auf der Straße auszutragen. Zurzeit verhandelt eine Abordnung der Erwerbslosen mit der Regierung.

Wieder ein Fall Anspach.

Raffinierte Dokumentenfälschung.

Berlin, 23. März. Die Berliner politische Polizei verhaftete gestern abend wieder einmal einen Dokumentenfälscher, der politische Dokumente des Deutschen Reiches gefälscht hat und sie an fremde Journalisten verkaufen wollte. Es handelt sich um den aus Schlesien gebürtigen stellenlosen Bankbeamten Hinderer, der an einen amerikanischen Korrespondenten zwei gefälschte Dokumente verkaufen wollte. Er hatte zwei Tage vor seiner Verhaftung den Berliner Korrespondenten der amerikanischen Hearst-Zeitungen Wenner aufgesucht und ihm gesagt, er wäre durch seine ausgezeichneten Beziehungen in der Lage, vertrauliche Dokumente aus der Reichskanzlei zu beschaffen. Er bot dem Korrespondenten zuerst den Wortlaut eines zwischen Deutschland und Japan geschlossenen Schiffahrtsabkommens an und dann zwei Dokumente über den angeblich deutsch-russischen Militärvertrag. Es ist bekannt, daß eine zeitlang verschiedene auswärtige Blätter wiederholt Mitteilungen über das Bestehen eines solchen Vertrages verbreiteten. Diese Mitteilungen wurden von der deutschen Regierung stets widerrufen. Aber der deutsch-russische Militärvertrag auch nach dem Dementi in verschiedenen Formen immer wieder auf. Hinderer erklärte nun, die von ihm zum Verkauf angebotenen Dokumente enthielten den Wortlaut des Originalvertrages und eines Zusatzvertrages. Der Korrespondent schöpfte Verdacht. Er sagte, er müsse sich die Sache noch einen Tag überlegen und bestellte Hinderer einen Tag später zu sich. Inzwischen begab er sich aber zum Reichskanzler Dr. Cuno und zeigt ihm die beiden Dokumente, die von dem Reichskanzler sofort als Fälschungen erkannt wurden. Der Reichskanzler veranlaßte nun persönlich bei der politischen Polizei die sofortige Verhaftung des Fälschers, der am Abend, als er sich wieder im Hotel des Korrespondenten einfand, von zwei Kriminalbeamten festgenommen wurde. Es ist erwähnenswert, daß die beiden Dokumente so geschickt gefälscht waren, daß sie den Eindruck absoluter Echtheit erwecken konnten. Sie trugen nicht nur die Form internationaler Vereinbarungen, sondern sie waren auch inhaltlich so logisch aufgebaut, und zeigten soviel militärische und diplomatische Kenntnisse, daß die Berliner Polizei ihre Untersuchung jetzt in die Richtung ausdehnt, ob Hinderer nicht auch mit anderen Personen in Beziehungen gestanden hat.

Paris dementiert energisch.

Paris, 23. März. (Eig. Drahtmeldung.) Der „Temps" schreibt: Es ist gemeldet worden, daß zwischen Frankreich und Deutschland Verhandlungen über die Reparationsfrage im Gange seien. Diese Verhandlungen sollen durch Vermittelung des bekannten schweizerischen Finanzmannes Dubois auf Grund einer Unterredung mit Herrn Bergmann in Gang gekommen sein. Herr Dubois wäre damit auch Paris gereist, um Herrn Poincaré zu unterrichten. In Paris hat man keinerlei Kenntnis von einer derartigen Verhandlung, ebensowenig von einem Aufenthalt des Herrn Bergmann in Bern oder einer Mission des Herrn Dubois in Frankreich. Herr Dubois hat sich vor kurzem aus privaten Gründen in Paris aufgehalten, aber keinerlei Schritte in der angeblichen Richtung unternommen. Hinzuzufügen ist, daß die angeblichen Vorschläge des Herrn Bergmann der französischen Regierung niemals bekannt geworden sind. Frankreich bleibt, wie in allen Hauptstädten des Auslandes bekannt ist, entschlossen, keinerlei Vermittelung, weder die Vermittelung einer Regierung, noch die eines Privatmannes, für den Fall, daß es zu Verhandlungen mit Deutschland kommen sollte, anzunehmen.

*

London, 23. März. (Eig. Drahtmeldung.) Der Berliner Korrespondent des „Daily Chronicle" will aus gut unterrichteter Quelle wissen, daß Lord d'Abernon beauftragt sei, der englischen Regierung die Bedingungen mitzuteilen, unter denen Deutschland bereit sei, mit Frankreich in Unterhandlungen zu treten. (Die Kanzlerrede in München gibt volle Klarheit über die Haltung der Reichsregierung, so daß es sich erübrigt, näher auf diese Meldung einzugehen.)

Amerika genehmigt eine deutsche Goldanleihe.

Washington, 23. März. (Eig. Drahtmeldung.) Staatssekretär Hughes veröffentlicht eine Note, worin das Staatsdepartement die Auflage einer deutschen Goldanleihe in den Vereinigten Staaten genehmigen wird.

Neue Todesopfer.

Duisburg, 23. März. (Eig. Drahtmeldung.) Ein neues Opfer hat die französische Gewaltherrschaft in der vorletzten Nacht gefordert. Der Kesselheizer Herm. Droste ist von einem französischen Posten erschossen worden. Welche Umstände zu der Erschießung geführt haben, ist noch nicht bekannt. Der Erschossene hinterläßt eine Frau mit sechs Kindern. — Wie der „Rheinischen Volkswacht" berichtet wird, ist der zu sechs Monaten Gefängnis verurteilte Chefredakteur der „Neuß-Grevenbroicher Zeitung", Dr. Heinrich Stab, am 20. März gefesselt (!) von zwei Gendarmen aus dem Gerichtsgefängnis Crefeld nach der Strafanstalt Anrath überführt worden.

Preußischer Landtag.

Berlin, 22. März. Im Preußischen Landtag interpellierte die Zentrumsfraktion gegen die Zuweisung von Gemeinden in Oberschlesien an die Tschechoslowakei, die unter schwerster Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker erfolgt sei. In der Erwiderung stellte der Regierungsvertreter fest, daß auch in diesem Fall die Grenzkommission das vorher abgegebene Versprechen an Deutschland nicht gehalten habe, daß weiter in der Kommission die Teilnahme eines deutschen Kommissars überhaupt nicht vorgesehen sei. Das Haus quittierte mit lebhaften Hört, hört-Rufen über diese Vergewaltigung. Man erledigte sodann eine Reihe kleiner Gesetzentwürfe, verabschiedete den Entwurf über die Beteiligung Preußens am Ostpreußenwerk und setzte sodann die allgemeine Aussprache zum Wohlfahrtshaushalt beim Abschnitt Wohnungs- und Siedlungswesen fort. Die Zwangswirtschaft im Wohnungswesen wurde sehr scharf von dem Abgeordneten Grundmann (D. Vpt.) und dem Vertreter der Wirtschaftspartei Ladendorff bekämpft. Auch der Demokrat Jansen verspricht sich eine Gesundung des Wohnungswesens erst durch die freie Wirtschaft. Die Praxis der Wohnungsämter insbesondere war Gegenstand der Kritik.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 22. März. Der Reichstag erledigte am Donnerstag zunächst eine Reihe von kleinen Vorlagen, genehmigte den Gesetzentwurf über die Eintragung von Schiffspfandrechten in ausländischer Währung, die Elbschiffahrtsakte, das Vorbereitungsgesetz zum Reichsentlastungsgesetz und die Aenderung des Fernsprechgebührengesetzes, wonach der einmalige Beitrag von 1000 Mark, den die Fernsprechteilnehmer im Jahre 1920 zum Ausbau des Fernsprechnetzes zahlen mußten, zurückgezahlt werden soll. Ein Antrag Dr. Everling (D. Vp.), die Reichsverfassung dahin zu ändern, daß jedes Kind am Religionsunterricht teilzunehmen hat, wenn nicht eine andere Willenserklärung des Erziehungsberechtigten vorliegt, wurde dem Rechtsausschuß überwiesen. Dann beschäftigte sich das Haus mit den sächsischen Feiertagserlassen auf Grund zweier Interpellationen, die vom Zentrum und den Deutschnationalen eingebracht waren. In der Zentrumsinterpellation wurde gegen die sächsischen Verordnungen protestiert, wonach an religiösen Feiertagen Lehrern und Schülern keine Unterrichtserteilung zum Zwecke der Teilnahme an religiösen Handlungen gewährt werden soll, und wonach jede Art religiöser Beeinflussung außerhalb des Religionsunterrichts verboten und die Zulässigkeit von Andachten, Gebeten und Kirchenliedern auf die Religionsstunden beschränkt sein soll. Die Interpellation sah in diesen Verordnungen eine Verletzung der Reichsverfassung und forderte Abhilfe. Auch die deutschnationale Interpellation sprach scharf Stellung gegen die

Verwaltungspraxis in Sachsen, Thüringen und Braunschweig,

wo die religiöse Freiheit immer mehr gefährdet werde. Abg. Marx (Ztr.) begründete die Interpellation seiner Fraktion. Er schilderte die Schultämpfe in Sachsen, und verlangt ein Einschreiten der Reichsregierung. Der deutschnationale Abgeordnete Barth (Chemnitz) warf der sächsischen Regierung vor, sie arbeite bewußt darauf hin, die Religion und die Kirche zu vernichten. Der Reichsminister des Innern Oeser beantwortete die Interpellationen. Er teilte mit, daß die meisten Streitfragen durch Verhandlungen zwischen dem Reich und den Ländern bereits erledigt worden sind, daß die Verhandlungen über noch strittige Fragen fortgesetzt werden, und daß, wenn keine Einigung zustande kommt, der Staatsgerichtshof angerufen werden müsse. Der Minister erkannte an, daß namentlich die neue sächsische Verordnung den Wünschen der Reichsregierung weit entgegenkommt. Nur Braunschweig macht viele Schwierigkeiten, weil es die Strafverfahren wegen Schulversäumnis an Feiertagen nicht einstellen will. Der sächsische Kultusminister Fleißner verteidigte die Haltung der sächsischen Regierung und kennzeichnete ihr Programm dahin, daß in der gegenwärtigen Zeit die Kirche in der Schule nichts mehr zu suchen habe. Darauf antwortete die Rechte mit lebhaften Pfuirufen. In der Aussprache schieden sich die Geister nach der Weltanschauung. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Am Freitag steht der Haushalt des Ernährungsministeriums auf der Tagesordnung.

Verlobung im Hause Ebert. Fräulein Amalia Ebert, die einzige Tochter des Reichspräsidenten, hat sich mit Dr. jur. Wilhelm Jaenecke verlobt. Der Bräutigam ist Attaché im Auswärtigen Amt und der Sohn des Inhabers der Berliner Schuhfirma Breitsprecher.

Der „Quecksilberne Pfau".

Von Martin Elsner.

Mein Freund Otto schwört auf den „Zeitgeist". In ihm begreift er die Weltordnung. In ihm vergötiert er die Entwicklung, den Fortschritt. Prachtvolle Reden kann er halten über stetiges Steigen und Emporwachsen . . .

Augenblicklich verkörpert sich der Zeitgeist für ihn — wen möchte es verwundern? — im — Verzehrung — Dollar . . .

Entwicklung im Geschwindschritt. Wenn auch nicht im Niveau der gesamten Menschheit. Aber so messbar, wie sonst noch kaum in irgendeiner Kulturperiode.

Zum Beispiel kennt heute auch der rechenschwächste Kopf das kleine Tausendmaltausend spielend. Bitte diesen Bildungsbefund nicht zu unterschätzen. Es hat alles seine Lichtseiten.

Otto ist wie gebadet von diesem Tempo. Stillstand ist Rückgang, Leben ist Bewegung, Tempo!

Man kommt kaum mehr nach, jede Stunde hat ein neues Gesicht.

Otto hat einen schmerzenden Zahn. Aber er wagt nicht, zum Zahnarzt zu gehen. Er fürchtet, wenn er verspätet aus der Narkose erwacht, ihm könne ein Atemzug der Ewigkeit, sichtbar in irgendeinem Bockspring des Zeitgeistes, entgangen sein.

Ich zittere für Ottos Gesundheit. Wer mag wissen, ob er überhaupt noch schlafen geht? Fieberhaft glänzt sein gebadetes Gesicht.

Einmal traf ich ihn ganz geknickt. Lange konnte er kein Wort hervorbringen. Endlich erzählte er stockend, daß ihn jemand habe verkohlen wollen.

„Wieso?"

„Ja, siehst du, vorhin will ich mir eine Zigarre kaufen — und der Mensch verlangt für dieselbe Sorte genau so viel wie gestern. Verstehst du das?"

Staatsbürgerlich denkt Otto natürlich nicht. Der Staat hat ausgespielt bei ihm, diese altertümliche Einrichtung, die ihre Preise kaum allmonatlich dem Zeitgeist anpaßt . . .

Ab, wie er aufatmen wird, wenn er den „Quecksilbernen Pfau" erst entdeckt haben wird!

Was das ist? Das neue Hotel, von dem mir Freund Hermann kürzlich erzählte. „Auf Preissteigerungen kann gemartet werden." Auf den Speisekarten erscheint, in radiographischem Dauerlontakt mit der Börse und durch elektrische Logapparate umgerechnet, hinter den Gerichten und Weinen der für die jeweilige Sekunde gerade gültige Preis. Tischtuno. Bei jedem Bissen oder Schluß bedient sich der Gast einer Stoppeinrichtung, die die augenblickliche Zahl automatisch notiert. Die Höhe seiner Rechnung ergibt sich dann aus dem arithmetischen Mittel . . . multipliziert mit dem sogenannten Momentanfaktor vom Augenblick des Bezahlens, potenziert mit dem Tarifmodul des Bedienungssatzes . . . alles von funkelnagelneuen erfundenen logarithmisch-elektrischen Apparaten durch harmlosen Knopfdruck in 25 verschiedenen Währungen errechnet — ein letzter Apparat zieht dem Gast das Geld automatisch aus der Tasche . . .

Otto! ! Daß du das noch erleben darfst!

So in jeder Sekunde wie einen Hauch der Ewigkeit zu spüren, wie irgendwo irgend etwas tausendmal wächst, vibrierend . . .

Otto, Otto — ob du dieses Göttergefühl überleben darfst?

Fehlt eigentlich nur noch, daß auch die Banknoten aus einer wellenempfindlichen Masse bestünden, auf der, radiographisch übermittelt, automatisch chin 25 verschiedenen Währungen errechnet, das geometrische Mittel . . . integriert mit dem jeweiligen Momentandifferenzial . . . vermindert um den x-prozentigen Steuerabzug . . . hypnotisiert mit dem Einsteinnormal sechster Dimension . . . harmloser Knopfdruck irgendwo . . .

Gesegnetes Zeitalter mathematischer Hochkultur.

Nur an den Säuglingsflaschen ist die alte Gradeinteilung noch vorhanden. Es wird sie ja bald kein Mensch mehr brauchen.

Bunte Rundschau.

Ein Brunner-Prozeß. Ein interessanter literarischer Prozeß wird am Sonnabend vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte verhandelt werden. Professor Karl Brunner, der frühere literarische Sachverständige im Berliner Polizeipräsidium, hat gegen den Schriftsteller C. K. Roellinghoff und den verantwortlichen Redakteur der „B. Z. am Mittag" Dr. Eugen Tannenbaum, wegen eines in der „B. Z." veröffentlichten Gedichtes „Brunners Abschied" Beleidigungsklage angestrengt. Das Gedicht knüpfte an den Weggang Brunners von Berlin und seine Uebersiedelung nach Bayern an und schilderte die Freude der Bayern über die Ankunft Brunners. Durch den ihnen in den Mund gelegten Ausruf „Haben die ein Schmein" fühlt sich der Privatkläger beleidigt. Die Verteidigung der Angeklagten haben die Rechtsanwälte Wolfgang Heine und Dr. Franz Fabian übernommen. Dr. Ludwig Fulda soll als Sachverständiger ein Gutachten über den sprachgebräuchlichen Sinn der erwähnten Wendung und über die Frage, ob damit die Grenzen der Satire überschritten seien, erstatten.

Deutschlands Luftfahrt im Jahre 1922. Vom Reichsverkehrsministerium (Reichsamt für Luft- und Kraftfahrwesen) werden jetzt die Leistungen der deutschen Luftverkehrsunternehmen im vergangenen Jahre bekanntgegeben. Durch die einschneidenden Bestimmungen, die die Interalliierte Kommission dem deutschen Luftverkehr zu hemmend in den Weg gelegt hat, waren von vornherein keine überragenden Zahlen zu erwarten. Der Hauptverkehr spielte sich im und nach dem Osten ab, da im Westen und Süden die Eisenbahnverbindungen zu günstige sind, um daneben noch ein Luftverkehrsunternehmen rentabel zu gestalten. Im ganzen wurden 2504 Flüge ausgeführt, bei denen 1 203 680 Kilometer zurückgelegt wurden. Die Zahl der beförderten Personen betrug hierbei 7730, die Regelmäßigkeit der Flüge 86,3 Prozent. Der Lloyd-Ostflug hat auf der Strecke Berlin-Stettin-Danzig-Riga mit 259 249 Kilometer und 1614 beförderten Personen die größten Zahlen aufzuweisen. Ueber tausend Personen beförderten nach die Deutsche Luftreederei (1429) auf der Strecke Hamburg-Berlin-Dresden (191 292 Kilometer), die Bayrischen Rumpler-Werke auf der Strecke Berlin-Leipzig-Fürth-München-Augsburg (1128 Personen, 125 070 Kilometer) und der Deutsche Luft-Lloyd auf der Strecke Bremen-Hannover-Leipzig-Dresden (1070 Personen, 145 519 Kilometer). Im allgemeinen begannen die Flüge am 1. April und endeten mit dem 30. September, umfassen also nur die Sommermonate. In welch schwieriger Lage sich die deutsche Luftfahrt befindet, ging am deutlichsten aus einem Vortrag vor geladenen Gästen am Montag abend im Berliner Verbandsflughafe durch den Verein deutscher Luftfahrzeug-Industrieller hervor. Von Reichs wegen wurde allgemein eine Unterstützung gefordert, da es der deutschen Luftfahrt bei der ständigen Geldentwertung nicht mehr möglich ist, sich aus eigenen Mitteln zu erhalten.

Bei Raffites. Im Hause Raffke verkehrt ein netter junger Mann, der selbst nicht recht weiß, welcher blinde Zufall ihn in diese erlauchte Gesellschaft verschlagen hat. Er steht im Verdacht einer mustergültigen Lebensführung und peinlichster Solidität. Trinkt nicht, raucht nicht, liebt nicht, — also krasser Außenseiter.

Doktor Speckseiter, der Renommierakademiker des Hauses Raffke, nennt den neuen jungen Mann sogar einen Asketen.

Gestern war wieder was los bei Raffkes. Fabelhafte Sache! Lange, nachdem die Fresserei vorüber ist, erscheint schüchtern-bescheiden der nette junge Mann.

„Zott, wo bleiben Sie denn bloß so lange, Sie Aztekse?" begrüßt ihn die Frau des Hauses.

(„Jugend.")

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19230323010/fragment/page=0002